



## CETA vor Gericht

Karlsruhe verhandelt über Eilanträge gegen Freihandelsabkommen. Seite 2

Foto: dpa/Uli Deck

## Tangas, Stars und Mafia

Das ukrainische Odessa ist bunt, offen und geschäftstüchtig. Seite 3

## Wundersames Comeback

Bei Olympia in Rio lag Annemiek van Vleuten auf Goldkurs – und stürzte schwer. Bei der Rad-WM in Doha fährt sie schon wieder ganz vorne mit. Seite 19



Foto: AFP/Bryn Lennon

# neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Mittwoch, 12. Oktober 2016

71. Jahrgang/Nr. 239 Bundesausgabe 1,80 € www.neues-deutschland.de

## STANDPUNKT

### Bon(n)mot

Gabriele Oertel kann über die Debatten zum doppelten Regierungssitz nur noch müde lächeln

Der Titel ist falsch. Denn ein Bonmot soll kurz und geistreich sein. Das ist das Theater um den seit 25 Jahren nicht vollendeten Regierungsumzug nach Berlin schon lange nicht mehr. Geht es um die ministeriellen Hinterlassenschaften in Bonn, verlieren nicht nur dort Ansässige den guten alten rheinischen Humor. Die wackeren Verfechter der deutschen Einheit, die sich unterm Siebengebirge so betulich eingerichtet hatten, waren zwar 1990 unbesehen bereit, sich an der kleinen östlichen Republik dumm und dämlich zu verdienen und alles aus ihr herauszuholen, was nicht niet- und nagelfest war – wollten aber den Ihren so wenig wie möglich auf die Füße treten. Und wer von den zahlreichen ostdeutschen Verehrern Helmut Kohls an die Einheit aus der Portokasse, an blühende Landschaften und die weltoffene Berliner Republik glaubte, dem dürfte längst das Lachen im Halse stecken geblieben sein.

Dass auch dessen Nachfolger im Kanzleramt, Gerhard Schröder und Angela Merkel, die halbfertige deutsche Einheit nicht vollendeten, liegt in der Natur dieser nur größer und eben nicht besser gewordenen Republik. Wie auch, dass man nach jahrelangen Versäumnissen nun offensichtlich auf die bequeme biologische Lösung setzt – und natürlich nicht ein halbes Jahr vor der Landtagswahl im bevölkerungsreichsten Land Nordrhein-Westfalen den Menschen aus Bonn und Umgebung Arbeitsplatzsorgen und die Angst vor der Bedeutungslosigkeit zumuten will. Dieser kleinkariert Stil im Umgang mit einer historischen Chance ist einfach nur lachhaft.

## UNTEN LINKS

**Drohnen** sind der große Renner. Seit die Dinger zu erschwinglichen Preisen im Angebot sind, geht nicht nur das Militär damit in die Luft; auch Fotografen, Filmfirmen, Warenlieferanten und Sicherheitsleute lassen Drohnen steigen. Gar nicht zu reden von den Hobbypiloten. Deshalb arbeitet das Bundesverkehrsministerium an einer Art Luftverkehrsordnung mit Nummernschild, Betriebslaubnis und Führerschein. Natürlich muss dann auch die Luftpolizei aufgerüstet werden – irgendwer muss das ja alles kontrollieren. Aber das ist erst der Anfang einer sich überstürzenden technischen Entwicklung. Denn schon ist eine neue Drohngeneration in der Entwicklung. Nach dem Youtube-Filmtheater, der Skype-Telefonzelle, dem Twitter-Tweetamt, dem Amazon-Kaufhaus und der Facebook-Begegnungsstätte kommt demnächst das ganz neue heiße Ding, für das sich Nummernschild, Betriebslaubnis und Führerschein erst richtig lohnen: die bemannte Drohne. *wh*

## Rückenwind für E.on und RWE

Windkraftausbau an Land wird noch mehr gebremst – das freut die Energiekonzerne



Mancher Energiepolitiker und Konzernvertreter würde die Erneuerbaren an Land auf wenige klitzekleine idyllische Windräder beschränken. Foto: dpa/Larry W. Smith

Berlin. Deutschland – das Vorreiterland bei Energiewende und Klimaschutz? Dieser Uraltitel ist längst passé. Die verschiedenen Kabinette haben die Ausbauziele für die erneuerbaren Energien reduziert und die Vergütungssätze für die einzelnen Bereiche zum Teil drastisch reduziert. Künftig soll die Projektvergabe per Ausschreibung erfolgen, was zu einem Unterbietungswettbewerb bei den staatlichen Fördersätzen führen soll. Nun möchte man auch den anhaltenden Windkraftboom im windreichen Norden ausbremsen: Nach einem am Dienstag bekannt gewordenen Entwurf für eine Verordnung der Bundesnetzagentur, der

dpa vorliegt, müssen die Regionen, in denen in der Vergangenheit die meisten neuen Windparks entstanden sind, künftig mit etwas mehr als der Hälfte des bisherigen Zubaus auskommen. Grund seien Engpässe im Stromnetz. Zu den »Wind-Ausnahmegebieten« zählen ganz Mecklenburg-Vorpommern, Schleswig-Holstein, Bremen, Hamburg und Bremerhaven sowie der nördliche Teil Niedersachsens.

Die betroffenen Länder sind entsetzt, zumal die Branche längst ein wichtiger Wirtschaftsfaktor ist. Die Ausnahmegebiete seien »die falsche Antwort auf den fehlenden Netzausbau«, kritisiert Robert Habeck (Grüne),

Energieminister in Schleswig-Holstein. Er bemängelt auch, dass alte Kohle- und Atomkraftwerke die Netze verstopfen.

Aber auch der vom Staat noch uneingeschränkt geförderte Ausbau kapitalintensiver Offshore-Windparks ist ein Grund für die Probleme. Hier versuchen die angeschlagenen Energiekonzerne E.on und RWE zu punkten, die bislang die Erneuerbaren vernachlässigten. »Die dezentrale Energiewende kann durch den Offshore-Ausbau tatsächlich Schaden nehmen«, warnt Thomas Banning, Vorstand des Ökostromanbieters Naturstrom, im nd-Interview. *nd/dpa* Seite 17

## Neuaufführung von Kohls Unvollendeter

25 Jahre nach dem Bundestagsvotum für Berlin als Hauptstadt wird noch immer auch von Bonn regiert

**Berlin wurde vor einem Vierteljahrhundert zur deutschen Hauptstadt erklärt. Doch noch immer haben 6 der 14 Ministerien ihren Hauptsitz in Bonn. Mit gewisser Bleibeperspektive.**

Von Gabriele Oertel

Das ist doch mal ein persönlicher Einsatz. Die Bundesbauministerin Barbara Hendricks (SPD) hat in ihrer Eigenschaft als Berlin-Bonn-Beauftragte der Bundesregierung am Dienstag gleich zwei Pressekonferenzen abgehalten: eine am Rhein und eine an der Spree. So, als wollte sie den dabei vorgestellten sogenannten Statusbericht Berlin/Bonn durch eigenes Erleben aufpeppen. Und womöglich kann sie ja tatsächlich die darin festgehaltene mehrheitliche Erfahrung von Ministeriumsmitarbeitern hie und da nachfühlen, dass die Teilung der Regierungsverantwortung – acht Ministerien haben ihren Hauptdienstszitz in

Berlin und sechs in Bonn – höheren Arbeitsaufwand und geringere Effizienz bedeuten. Denn alle 14 Ministerien haben in der jeweils anderen Stadt einen Ableger. Folgen: fast 21 000 Dienstreisen im Jahr 2015, Tonnen Postverkehr, Arbeitszeitverluste – und Kosten, die bei 7,5 Millionen Euro im Jahr gehandelt werden.

Als nach der äußerst emotionalen Bundestagsdebatte am 20. Juni 1991 und einer denkbar knappen Abstimmung mit einem Unterschied von nur 17 Stimmen Berlin zur Hauptstadt des einig Vaterlandes wurde, war absehbar, dass es sich beim Regierungsumzug um einen längeren Prozess handeln würde. Doch selbst die zähesten unter den 320 Bonn-Befürwortern dürften kaum erwartet haben, dass nach einem Vierteljahrhundert noch immer 35 Prozent der knapp 20 000 Ministeriumsmitarbeiter – wenn auch mit abnehmender Tendenz – in Nordrhein-Westfalen beheimatet sind.

Die putzigen Wir-bleiben-in-Bonn-Aktionen Anfang der 90er Jahre mit den bunten Zetteln in fast jeder regierungsamtlichen Stube in Bad Godesberg, aber auch in Schaufenstern von Bäckereien und Gaststätten, haben offensichtlich erhebliche Langzeitwirkung. Freilich unterstützt vom 1994 erlassenen Bonn-Berlin-Gesetz, in dem der Stadt am Rhein angemessener Ausgleich und eine dauerhafte und faire Arbeitsteilung zwischen alter und neuer Hauptstadt zugesichert wurden.

Dass sich NRW-Landesregierungen wie diverse Bonner Oberbürgermeister bis heute darauf berufen und einen Komplettumzug ablehnen, ist logisch. Und vermutlich auch der Grund, warum sich die vom Niederrhein stammende Ministerin zwar zu zwei Pressekonferenzen, aber keiner Handlungsempfehlung durchringen konnte. Worauf ihre Schlussfolgerung aus Statusbericht und persönlichem Wandertag, man

müsse die ungesteuerte Entwicklung in einen gesteuerten Prozess überführen, letztlich hinausläuft, wird sich wohl erst nach weiteren 20 Jahren zeigen. Drei Viertel der in Bonn Beschäftigten Ministeriumsmitarbeiter gehen laut Hendricks Befund in diesem Zeitraum nämlich in den Ruhestand. Dass Helmut Kohl bei der Verwirklichung der deutschen Einheit in diesen Zeiträumen gedacht hat, ist kaum zu glauben. *Mit Agenturen*

### Lesen Sie heute im Ratgeber

Betriebsrente: Regel der Haftung gelockert?

Kindergeld für Azubis und Studenten

Für alle Fälle: private Haftpflichtversicherung

## Kolumbien: Etappe zwei für Frieden

Regierung wird jetzt mit den Rebellen der Gruppe ELN verhandeln

Caracas. Nach dem historischen Friedensabkommen mit der FARC-Guerilla nimmt die Regierung Kolumbiens nun auch offizielle Friedensverhandlungen mit der Rebellengruppe ELN auf. Die Gespräche sollen am 27. Oktober in Ecuador beginnen, wie Unterhändler beider Seiten im venezolanischen Außenministerium in Caracas bekannt gaben. Der kolumbianische Präsident Juan Manuel Santos sagte, nur mit der ELN-Guerilla werde der Friede »vollständig« sein. Das Nationale Befreiungsheer (ELN) ist mit geschätzten 1500 Kämpfern etwa ein Viertel so groß wie die Revolutionären Streitkräfte Kolumbiens (FARC).

Santos, der den Friedensnobelpreis 2016 erhält, erklärte, mit der ELN-Guerilla »streben wir seit fast drei Jahren Verhandlungen an, um den Konflikt mit ihnen zu beenden. Und heute haben wir eine gute Nachricht.«

Die FARC hatte sich mit Kolumbiens Regierung Ende August auf den Friedensvertrag geeinigt. Ein Referendum lehnte ihn dann allerdings ab. *AFP/nd* Seiten 4 und 7

## Gefangen im Hartz-System

Betroffene sind immer länger ohne Job

Berlin. Die Arbeitslosigkeit von Hartz-IV-Empfängern dauert immer länger. Das geht aus Daten der Bundesagentur für Arbeit hervor. Demnach war ein Hartz-IV-Betroffener 2015 im Durchschnitt seit 619 Tagen, also mehr als 20 Monate, arbeitslos. Im Jahr 2011 waren es noch 555 Tage. Trotz guter Konjunktur ist die Verweildauer im Hartz-IV-System damit binnen vier Jahren um 11,5 Prozent gestiegen. Laut einem Bericht der Funke Mediengruppe, die darüber zuerst berichtet hatte, hält der negative Trend an: Im September 2016 waren Hartz-IV-Empfänger im Durchschnitt seit 635 Tagen arbeitslos, also mehr als 21 Monate.

Die Arbeitsmarktexpertin der Linksfraktion im Bundestag, Sabine Zimmermann, sagte, dass die Dauer der Erwerbslosigkeit im Hartz-IV-System steige, sei »ein blamables Ergebnis für die Bundesregierung und leider logische Konsequenz des arbeitsmarktpolitischen Stillstands«. Seit 2010 seien die Leistungen zur Eingliederung in Arbeit drastisch gekürzt worden. »Wir brauchen endlich einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor«, forderte die Oppositionspolitikerin. *epd/nd*

## Nazi-Musik vor KZ-Gedenkstätte Buchenwald

Mann spielte auch NS-Reden ab

Weimar. Ein 55-jähriger Mann aus Brunsbüttel (Schleswig-Holstein) soll an der KZ-Gedenkstätte Buchenwald bei Weimar verbotene Wehrmachtsmusik und NS-Reden abgespielt haben. Ein Zeuge verurteilte die Polizei. Die Beamten konnten den Mann wenig später stellen. In seinem Fahrzeug seien mehrere Waffen, darunter Messer und andere gefährliche Gegenstände, gefunden worden, teilte die Polizei am Dienstag mit. Gegen den 55-Jährigen wurde Anzeige wegen des Verwendens verfassungswidriger Kennzeichen und des Verstoßes gegen das Waffengesetz erstattet.

Der Mann habe die Musik und die Reden am Montagabend gegen 21 Uhr aus seinem geparkten Auto abgespielt, sagte eine Polizeisprecherin in Jena. Details nannte sie aus ermittlungstaktischen Gründen nicht. Laut MDR Thüringen, der zuerst darüber berichtet hat, soll der Mann auch eine Rede von Adolf Hitler abgespielt haben. *dpa/nd* Seite 6

ISSN 0323-3375

